

Gespaltene Meinungen im Städtli

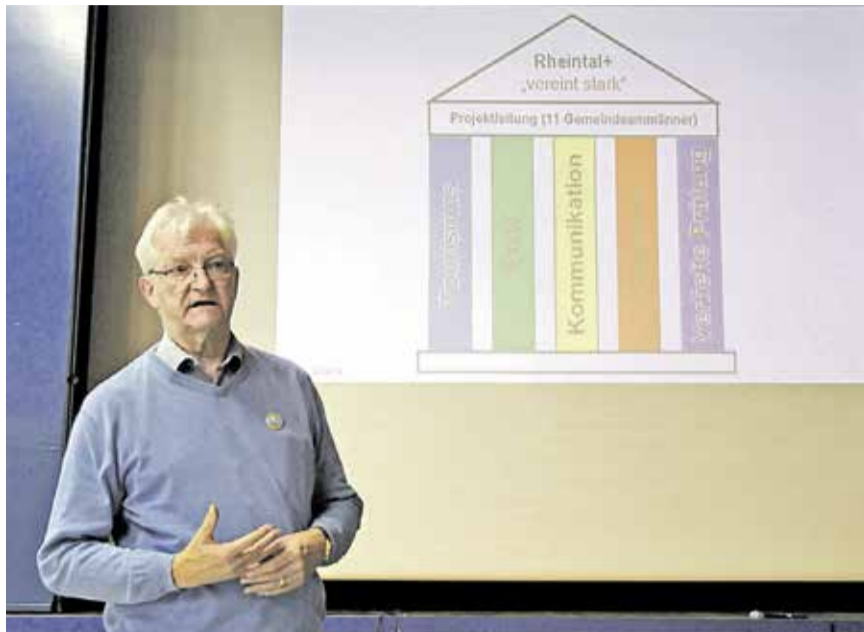
Klare Befürworter und klare Gegner einer Grossfusion haben am Mittwoch über die Zukunft ihres mittelalterlichen Kleinods debattiert.

KAISERSTUHL (sf) – Die Turnhalle war mit gut 60 Anwesenden gefüllt. Stadtmann Ruedi Weiss begrüßte alle persönlich, der Umgang war familiär. Er trug den Fusionsplan, zeigte damit eindeutig seine Zustimmung zu «Rheintal+». Gäste waren die Stadtschreiberin Mägi Horath, Eliane Keller, Leiterin Finanzen und Daniel Baumgartner, Gemeindegemeinschafter Bad Zurzach. «Wollen wir eine Fusion anstreben oder nicht?», diese Frage stand im Zentrum des Abends und dazu gab es unterschiedliche Ansichten.

Einheit formen

«Wir wollten die Bevölkerung immer dabei haben. Leider mussten wir ein begrenztes Interesse feststellen.» Trotzdem ist Weiss überzeugt: «Der ganze Prozess war wichtig, notwendig und nützlich, auch wenn wir nicht dabei wären.» Der Stadtrat kam allerdings einstimmig zum Entscheid der Annahme. «Die Stimmbürger haben schlussendlich das Sagen.» Es habe sich eine gewisse Wahrscheinlichkeit abgezeichnet, dass nicht alle mitmachen wollen. «Wir sind auf eine Einheit angewiesen, die geografisch auch Lücken haben kann», erklärte Weiss. Mittlerweile ist dies mit dem Modell 4+1 geregelt. «Das, was Identität stiftet, Postleitzahl und Namen, an dem ändert sich nichts.» Zwei Wahlkreise in der ersten Amtsperiode sollen die kleinen Gemeinden schützen. «Es sind ein paar wichtige Elemente im Vertrag drin, aber nicht sämtliche Regelwerke. Der neue Gemeinderat muss schliesslich noch was zu tun haben», meinte Weiss.

In der Einlaufzeit der ersten Legislatur gelten noch Übergangsbestimmungen. Zwei Sitzungen pro Jahr soll es geben mit der Begleitkommission, in der aus jeder Gemeinde ein Vertreter dabei ist. «Die Vernetzung mit den einzelnen Gemeinden wird auch dann funktionieren», ist Weiss überzeugt. Die Umsetzungskommission hat viele Aufgaben und Pflichten – zu viele, befürchtete einige im Publikum. Er könne dem zustimmen, was auf dem Papier stehe, erklärte ein Anwohner: «Doch was geschieht dann in der Realität?»



Stadtmann Ruedi Weiss steht hinter dem Fusionsprojekt.

Vetorecht gewährleistet

Der Staatsvertrag des Schulabkommens bleibt bestehen. Durch das eingeräumte vertragliche Vetorecht müssten zuerst die Kaiserstuhler und Fisibacher Bevölkerung bei einer Abstimmung ihre Zustimmung zu einer Vertragsauflösung geben. «Durch die Fusion entsteht im Schulwesen kein Nachteil.» Das Vetorecht sei durch den Goodwill der Nachbarn entstanden. «Zudem wären die fehlenden Kaiserstuhler nicht die Ursache, dass der Oberstufenstandort gefährdet ist.» Die Frage nach einem Schulpflegeschlüssel stand im Raum, doch in Kaiserstuhl wären dafür Weich und Stadel zuständig.

Es besteht ein gewisser Siedlungsdruck vom Zürcher Unterland. Weiss ist überzeugt, dass in einer fusionierten Grossgemeinde die raumplanerischen Anforderungen besser erfüllt werden können. «Wir sind Bindeglied und Brückenbauer zwischen den Kantonen Aargau und Zürich, aber auch zwischen Deutschland und der Schweiz – dieses Bindeglied wollen wir weiterhin bleiben.» Eine Randgemeinde müsse sich auch mit dem Rest der Umgebung zusammenschließen können. «Wenn wir tatsächlich bauen könnten beim alten Schulhaus, würde die Bevölkerung um bis zu 40 Prozent wachsen», so Weiss. Hier stellte sich allerdings aus dem Publikum die Frage, mit welchem Geld man dies bewerkstelligen wolle und es bestand Befürchtung, dass man keine Unterstützung erhält.

«Wir sind Bindeglied und Brückenbauer zwischen den Kantonen Aargau und Zürich, aber auch zwischen Deutschland und der Schweiz – dieses Bindeglied wollen wir weiterhin bleiben.» Eine Randgemeinde müsse sich auch mit dem Rest der Umgebung zusammenschließen können. «Wenn wir tatsächlich bauen könnten beim alten Schulhaus, würde die Bevölkerung um bis zu 40 Prozent wachsen», so Weiss. Hier stellte sich allerdings aus dem Publikum die Frage, mit welchem Geld man dies bewerkstelligen wolle und es bestand Befürchtung, dass man keine Unterstützung erhält.

Fragen zu Finanzen

Fragen warfen vor allem die Finanzen auf. Zu reden gab, welche Projekte bereits in den Finanzplänen enthalten sind – dazu gehören die Umfahrung und das Fleckenkonzept. Nicht enthalten ist die Sanierung des Bahnhofs Kaiserstuhl. Wenn man aber den Nutzen einleuchtend erklären könne, könne man ein solches Projekt zur Abstimmung bringen. Hier zeigte sich eine Angst davor, was Bad Zurzach für ein Interesse daran haben könnte, in Kaiserstuhl Bauland auszubauen.

Wasser und Abwasser werden in Hochtengen bleiben, alles andere wäre unrentabel. Weiss betonte klar, dass «was wirtschaftlich nicht machbar ist auch nicht passieren wird.»

Auf die Frage, warum man die Finanzpläne nicht nochmal aktualisiert und mit den neuen möglichen Gemeindekonstellationen berechnet hat, lautete die Antwort, dass man dafür mindestens ein weiteres Vierteljahr Zeit gebraucht hätte und die Projektleitung dies nicht für notwendig befunden habe.

Unrealistische 115 Prozent?

Jemand empörte sich, dass ein Steuerfuss von 115 Prozent total illusorisch sei. «Wir haben Chancen, mit 115 Prozent anzufangen, doch man kennt heute noch nicht alle Einflussgrößen», so Weiss. Es bestand in der Bevölkerung zudem die Sorge, dass nicht genug eingespart werden kann und man nach den acht Jahren Finanzausgleich vor einer schwierigen Situation steht. «Wir können während acht Jahren optimieren», betonte Weiss. Schlanker werde vor allem der Bereich der Verwaltung, dort gebe es sehr viel Doppelspurigkeit. «Viel ist zwar im gleichen Haus, aber nicht in einem Prozess.» Es folgte der Einwand, die Verwaltung 2000 habe man der Bevölkerung als billige Lösung verkauft, die schlussendlich viel teurer wurde.

Beim Steuerfuss könne man nur profitieren – heute liegt er bei 125 Prozent, warf jemand ein. Erst ab der Fusion 2022 würden die angestrebten 115 Prozent gelten. Im neuen System könnte man besser zwischen Aufgaben von Gemeinderat und Verwaltung unterscheiden, so der Stadtmann. «In der Verbandswelt ist die Einflussnahme von Gemeinderäten beschnitten, das würde sich durch eine Fusion ändern. Gibt es eine Mini-Fusion ohne uns, haben wir ein Problem – allein wegen der Verwaltung», mahnte er. Einen Verwaltungsbesuch in Bad Zurzach könnte man noch mit anderen Besorgungen oder Besuchen verknüpfen, so Weiss' Vorschlag.

Individuelle Bewertung durch Stadtrat

Der Stadtrat präsentierte seine Haltung auf Folien mit den Hauptargumenten, die für eine Fusion sprechen. Eine Fusion sei keine einfache Lösung für alle Probleme. Man müsse sich weiterhin aktiv für eine positive Entwicklung einsetzen. Jemand kritisierte, dass es eine Werbeveranstaltung für ein Ja sei. «Was würde Euch zu einem negativen Entscheid bringen?» Weiss erklärte daraufhin, dass jeder Stadtrat individuell einen Fragekatalog ausfüllte. Dabei konnten Noten von -2 bis +2 vergeben werden. «Es gab keine Ausreisser nach oben, aber auch keine negativen.» Das schlechteste Resultat erzielte mit einem Minus von 0,36 die Erreichbarkeit von Lokalen für Bevölkerung und Vereine. «Senioren sind oftmals auf den öffentlichen Verkehr angewiesen.»

Ängste und Hoffnungen

«Es ist keine Liebesbeziehung, die wir zu unseren Nachbarn pflegen», merkte eine Dame an. Hier herrsche eine andere Kultur, man sei urbaner. «Wir haben eine angenehme Art von Wohnen und Zusammenleben.» Sie bemängelte, im Vertrag stehe kaum etwas und er sei nicht transparent. «Schulhaus, Altersheim, Post, Bank und Verwaltung sind weg – was sollen wir noch verlieren, wenn wir fusionieren?», meldete sich ein Herr zu Wort.

Vorteile sieht der Stadtrat darin, dass man die besten, fähigsten Leute aus einem breiten Fundus auswählen kann. Zudem könnte man Kaiserstuhl als kulturellen Kraftort besser vermarkten. Den Bedarf nach einem Bauamtsmitarbeiter habe man ausgewiesen: «Wir haben keine Bauern, die Aufgaben übernehmen können wie in anderen Gemeinden.» Der derzeitige Gemeindegemeinschafter äusserte sich jedoch skeptisch darüber, ob ein vollamtlicher Gemeindegemeinschafter noch realisierbar sei. Hier stellte sich aus dem Publikum die Frage, was mit dem Unterhalt des Friedhofs und des Schwimmbads geschehe. Die Preise für die neuen Bootsplätze wurden ebenso erfragt, diese würde entsprechend der neue Gemeinderat festlegen.

Zahlreiche Fragen wurden geklärt und Meinungen gemacht an diesem Abend. Beim Zusammenräumen der Stühle vor dem Apéro halfen viele tatkräftig mit, denn «vereint sind wir stark.» Und so verliessen am Schluss einige desillusioniert, andere hoffnungsvoll den Saal.



Die Versammlung im Baldinger Pfarrhaus.



Gemeinderat Roland Binder, Gemeinderätin Sheela Süess und Leiter Finanzen Martin Süess bei der Präsentation.

«Stillstand bedeutet Rückschritt»

Der Gemeinderat von Baldingen sieht eine Fusion als «sinnvolle und logische Weiterentwicklung» der bisherigen Zusammenarbeit und empfiehlt ein Ja.

BALDINGEN (chr) – Rund 40 Personen konnte Gemeindeammann René Meier im Pfarrhaus zur Infoveranstaltung zum Zusammenschlussvertrag begrüßen. Aufgrund der Anzahl der Partner sei die Gemeindefusion «einzigartig im Kanton Aargau». Bei der Präsentation machte er deutlich, dass es für eine kleine Gemeinde wie Baldingen immer schwieriger werde, eigenständig zu bleiben und sich weiterzuentwickeln. «Lieber jetzt handeln als wenn es gar nicht mehr anders geht», sagte Meier. Auch nach einer Fusion werde vieles bleiben wie es ist; wie die Postadresse, das Ortswappen mit den drei Lindenblättern oder die 1. August-Feier im Dorf. Zur Fusion Nein zu sagen bringe

die Gemeinde nicht weiter, meinte Meier. «Stillstand bedeutet Rückschritt. Und ich persönlich möchte nicht stillstehen.»

«Keine nennenswerten Nachteile»

In sechs Punkten zeigte der Gemeindeammann auf, was bei einem Zusammenschluss konkret passiert; sieben Punkte enthielt die Liste «wenn wir eigenständig bleiben». Auf dieser Grundlage zeigte Meier die Haltung des Gemeinderats auf. Eine der Schlussfolgerungen war: «Für die Gemeinde Baldingen ergeben sich keine nennenswerten Nachteile, dagegen aber stärkt ein Zusammenschluss die ganze Region Rheintal+ mit Ausstrahlung in den gesamten Bezirk.»

Es folgte eine gut einstündige Frageunde, bei der engagiert diskutiert wurde. Wie kam man dazu, die Formel 4 + 1, also Bad Zurzach und vier weitere Gemeinden, als Mindestzusammensetzung festzulegen? Als Vorbild hätten Fusionen im Tessin sowie der Stadt Solothurn mit Agglomerationsgemeinden gedient, erklärte Daniel Baumgartner, Gemeindegemeinschafter von Bad Zurzach und Fachbeirat im Projekt Rheintal+. Auch bei der Fusion von Aarau mit Nachbargemeinden werde voraussichtlich die Formel angewendet, dass der grösste Partner sowie insgesamt die Hälfte der teilnehmenden Gemeinden Ja sagen müssten.

Ein Mitglied der Finanzkommission äusserte die Befürchtung, dass der vorgesehene Steuersatz von 115 Prozent in der Fusionsgemeinde nicht ausreicht. «Seid nicht enttäuscht, wenn es dann 118 oder 120 Prozent werden.» Jemand fragte, ob der Steuerfuss nicht höher werde, wenn nicht alle zehn Gemeinden mitmachen. Natürlich gebe es Anpassungen, erklärte Daniel Baumgartner, genauere Berechnungen wären spätestens nach dem 23. Mai möglich, wenn sich abzeichnet, wer dabei sein wird.

Sperrgutabfuhr, Christbaum, Kurtaxe

Eine grosse Palette von kleineren und grösseren Fragen wurde noch bespro-

chen, von Entsorgung über Sozialkosten und Asylunterkunft bis zum öffentlichen Verkehr, dem Ort der Gemeindeversammlung oder der Kurtaxe. Nachfolgend sind einige Beispiele aufgeführt:

«Was passiert mit der Sperrgutabfuhr?» – «Es wird sie voraussichtlich nicht mehr geben», war die Antwort.

«Bekommt der Frauenverein auch künftig einen Gemeindebeitrag?» – Punkt 8.1 regelt, dass die «Förderung nach bisherigen Usancen» weitergeführt wird.

«Was passiert, wenn Bad Zurzach Nein sagt?» – Dann braucht es ein neues Projekt, «wir müssten nochmals in die Hosen.»

«Wenn Rekingen Nein sagt, gibt es dann nicht ein Chaos bei der Schule?» – Gemeindeverbände bleiben bestehen, solange sie noch mehrere Mitglieder haben. Und bestehende Verträge laufen vorläufig weiter, mit der Gemeinde Zurzach als Rechtsnachfolgerin; zum Beispiel bei den Forstbetrieben oder bei der Spitex.

«Gehören die Baldinger Reformierten weiterhin zur Kirchengemeinde Tegerfelden oder müssten sie nach Bad Zurzach wechseln?» – «Wir klären das noch ab.»

Diskutiert wurde auch über das Bürgerrecht. Die Ortsbürger der Fusionspartner erhalten das Bürgerrecht der neuen Gemeinde Zurzach. «Unser Stamm- baum geht bis ins Jahr 1580 zurück», meinte eine Ortsbürgerin. Sie habe Mühe damit, Baldingen als Heimatort zu verlieren. «Ich musste auch von Engi nach Glarus Süd wechseln!», meinte ein Einwohner, «und es tut nicht weh», womit er die Lacher auf seiner Seite hatte. Neben Bedenken und skeptischen Fragen gab es immer wieder auch befürwortende Stimmen: «Wir sollten das Wagnis eingehen. Wir würden uns eine grosse Chance vertun, wenn wir Nein sagen.»

Bevor die Debatte beim Apéro im lockeren Rahmen noch weiterging, rief Gemeindeammann René Meier dazu auf, die ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 23. Mai zu besuchen. «Es ist ein grosser Entscheid. Es wäre schade, wenn nur wenige daran teilnehmen würden.»